

Die Ergebnisse vergangener Wahlgänge geben nur wenig Grund zur Hoffnung auf ein grünes Landtagsmandat in Österreichs südlichstem Bundesland. Vor vier Jahren, bei den letzten Landtagswahlen in Kärnten, blieben die dortigen Grün-Alternativen mit mageren 1,69 Prozent der Stimmen weit hinter ihren Erwartungen zurück.

Und das, obwohl sie als breites Bündnis verschiedener Bewegungen angetreten waren. Unter dem zweisprachigen Na-

Sozialdemokraten stellten von 1945 bis 1989 den Landeshauptmann – hat beträchtliche Altlasten hinterlassen. Langfristig fatale Auswirkungen hat vor allem die Politik Leopold Wagners, von 1973-88 Langzeit-Landesvater, gezeitigt.

Um die SPÖ im Land an der Macht zu halten, versuchte Wagner – entgegen seinen Amts-Vorgängern Wedenig und Sima, sich dem antislowenischen Grundkonsens der ÖVP und FPÖ anzuschließen. Wie weit diese Anbiederung an den Deutschnationalismus ging, läßt sich dar-

ethnisch orientierte Bewegung immer stärker, gleichzeitig findet jedoch eine Re-Nationalisierung statt.“

Wohin diese wachsende Kluft im Lande führen kann, wurde beim „Ortstafelsturm“ 1972 drastisch vor Augen geführt. In einer Nacht-und Nebel-Aktion beseitigten damals mehr als 2.000 vom extrem rechten Kärntner Heimatdienst aufgehetzte „Deutsch-Kärntner“ gewalt-sam sämtliche zweisprachigen Ortstafeln im Land. Konsequenzen für die Randalierer gab es nicht.

„Atmosphärischer Hochdruck“

Im mit Spannung erwarteten Wahljahr 1994 – vier Landtags-, Nationalrats- und Arbeiterkammerwahlen plus EG-Volksabstimmung – steht auch der grünen Krisenregion Kärnten ein Urnengang bevor.

■ Von Thomas Hohenberger

men „Wahlplattform Anderes Kärnten/ Drugacna Koroska“ fanden sich die Grüne Alternative, das Villacher Friedenskomitee oder die Bewegung gegen Schultrennung ebenso wieder wie die slowenische Kärntner Einheitsliste/Koroska enotna lista (KEL).

Selbst die in manchen Bezirken außerordentlich guten Ergebnisse – im Bezirk Völkermarkt, einer deutsch-nationalen Hochburg, wählten mehr als sechs Prozent das „Andere Kärnten“ – konnten das Debakel nicht verhindern. Etwas entspannter waren die Mienen nach den Nationalratswahlen im Herbst des darauffolgenden Jahres. Mit drei Prozent wurde der Stimmenanteil gegenüber den Landtagswahlen fast verdoppelt. Zuletzt verbuchte im April 1992 der grüne Präsidentschaftskandidat Robert Jungk immerhin fast vier Prozent auf das grüne Wahlkonto.

Die Grünen an Drau, Gail und Lavant sind neben dem Burgenland einer der wunden Punkte des Grünen Projekts.

Einerseits ist die politische Wetterlage dem Gedeihen grün-alternativer Anliegen nicht unbedingt förderlich. Die jahrzehntelange SPÖ-Alleinregierung – die

an ablesen, daß der sozialdemokratische Landeschef sich lange vor Haiders Sager von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ damit brüstete, „ein braver Hitler-Junge“ gewesen zu sein.

Peter Gstettner, Pädagogik-Professor an der Universität Klagenfurt/Celovec und einer der profiliertesten Kritiker der Kärntner Blut-und-Boden-Ideologie: „In diesem Land versuchen alle drei Parteien, Stimmen aus dem nationalen Lager zu gewinnen. Das ist seit 1945 so und hat sich bis heute nicht geändert.“

Die Erfolge Jörg Haiders brauchen vor diesem Hintergrund niemanden verwundern. Haider, der bei den Wahlen im März um jeden Preis auf den Landeshauptmannsessel zurückkehren möchte, ist in dieses von der jahrzehntelangen SPÖ-Dominanz „bestens beackerte Feld eingestiegen und hat der verfestigten Struktur noch eine demagogische, nationalpolitische Wendung gegeben“ konstatiert Kärnten-Kenner Gstettner.

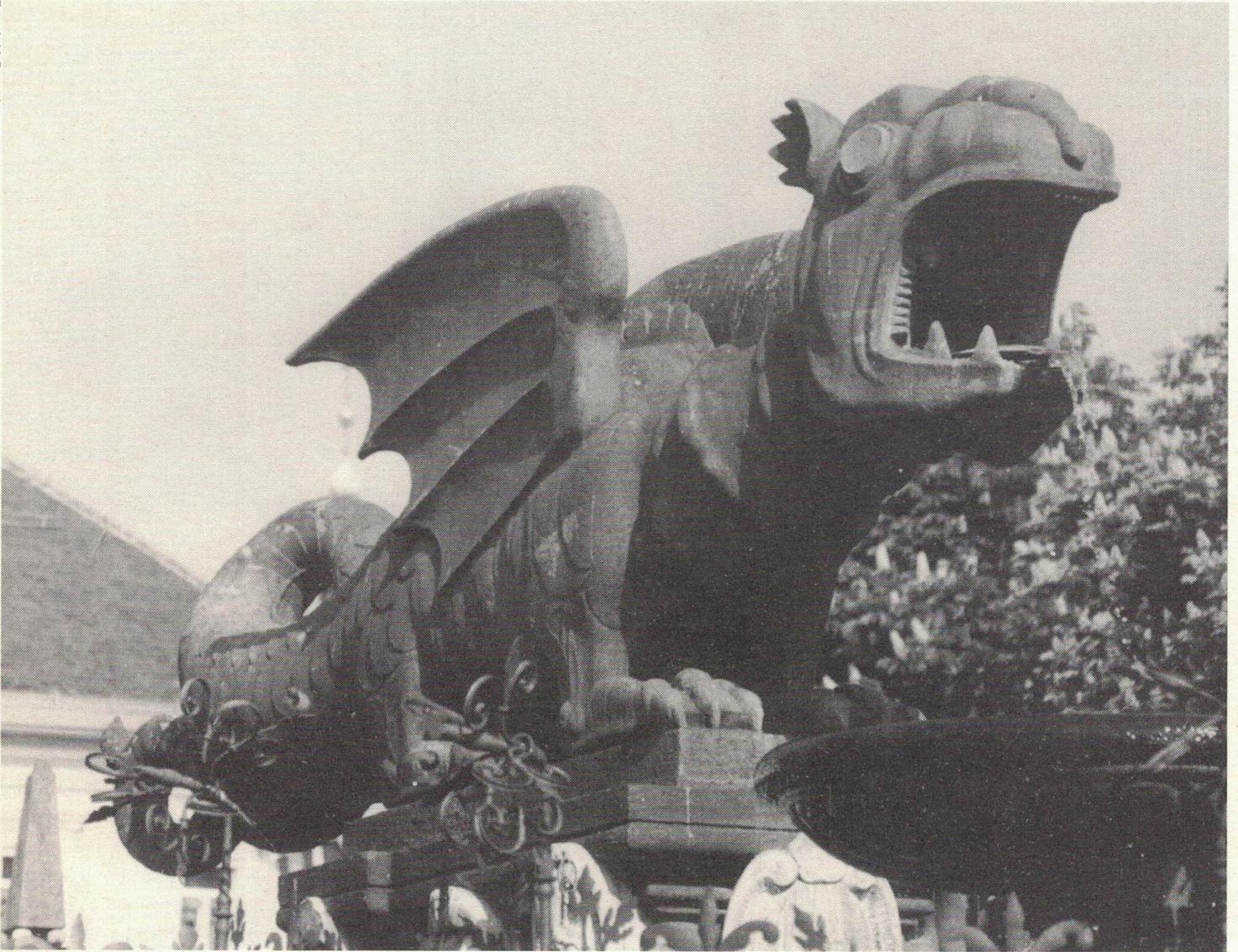
An der Bundespolitik vermißt er geeignete Korrekture für diese nationalistische Politik: „Dort wird ein Österreich-Chauvinismus vorgegeben, demgegenüber ist es leicht, sich mit einem Kärnten-Patriotismus zu separieren“.

Die Krise ist hausgemacht, die Gstettner-Prognosen wenig erfreulich: „Wie in Südtirol wird es auch in Kärnten eine zunehmende Polarisierung geben. Einerseits wird die interkulturell und inter-

Im Gegenteil: Von Medien und Politikern wurde dieser einmalige Gewaltakt enthusiastisch als Kärnten-Patriotismus gefeiert. Die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten und der Zweisprachigkeit hat bis heute wenig von ihrer Brisanz verloren. Minderheiten-Spezialist Gstettner: „Sobald man an dieses Thema rührt, wird die Rationalität ausgeschaltet. Das geht quer durch die Bevölkerung.“

Dieses Klima der Intoleranz mußten auch die Kärntner Grün-Alternativen zähneknirschend zur Kenntnis nehmen. Dem jahrelangen innerparteilichen Disput, unter welchem Label die Partei firmieren solle – ein- oder zweisprachig – wurde auf der letzten Landesversammlung im November ein Ende gesetzt. Nach einer emotional geführten Debatte wurde beschlossen, künftig einsprachig analog der Mutterpartei als „Die Grünen - Grüne Alternative Kärnten“ zu kandidieren.

„Ich weiß, wie schwierig es ist, mit einem sehr kantigen Programm gerade in der Frage der Zweisprachigkeit, wie es die Grüne Alternative nun einmal hat, an die Öffentlichkeit zu gehen“ beklagt ein Delegierter aus Völkermarkt seine bisherigen Erfahrungen mit Slowenen-Feindlichkeit. „Jemand aus Feldkirchen oder St. Veit weiß ja gar nicht, welche Ressentiments gegen slowenische Bürger zum Beispiel in Völkermarkt existieren“ hält er den KritikerInnen dieser Entscheidung entgegen. Diese wandten gegen die Auf-



gabe der Zweisprachigkeit neben dem Symbolcharakter von Namensgebungen vor allem ein, daß in der Vergangenheit gerade in Gebieten mit einem hohem Anteil slowenisch sprechender BürgerInnen die besten Ergebnisse erzielt wurden.

Bieten die grün-slowenischen Beziehungen genug Konfliktpotential, kommt noch die Spaltung der politischen Vertretung der Volksgruppe hinzu. Auf der einen Seite steht der eher links-intellektuell orientierte „Zentralverband slowenischer Organisationen“, auf der anderen der christlich-konservative „Rat der Kärntner Slowenen“.

Aus letzterem kommt Karel Smolle, Slowene und von 1986 bis 1990 Grüner Minderheitensprecher im Parlament. Seine Minderheitenpolitik sorgt immer noch für Aufregung: „Karel Smolle hat unterm Strich verheerende Politik gemacht, die auch noch zur Spaltung der slowenischen Volksgruppe geführt hat“ schlägt Peter

Gstettner die Hände über dem Kopf zusammen.

1984 initiierte der Kärntner Heimatdienst unter dem Slogan „Für Deutschkärntner Kinder deutsche Lehrer“ ein Schulvolksbegehren, das unter anderem von der FPÖ unterstützt wurde. Obwohl das Ergebnis mit nur neun Prozent Unterstützung ziemlich dürftig ausfiel, schlossen sich alle drei im Landtag vertretenen Parteien der Forderung nach getrenntem Unterricht für deutsch- und slowenischsprachige Kinder an. Trotz jahrelanger Debatte und einiger Nachbesserungen blieb das „Pädagogenmodell“ ein an der Trennung von deutsch- und slowenischsprachigen Kindern orientiertes Konzept.

In einem parlamentarischen Ausschuß stimmte Smolle 1988 dem Pädagogenmodell zu.

Diese „slowenisch-nationalistisch ausgerichtete Politik“ (Gstettner) rief vor allem bei den interkulturell orientierten Slowenen Empörung hervor. Auf der einen

Für viele ist Kärnten ein Land zum Fürchten, dennoch wagen sich die Grünen in die Höhle des Lindwurms

Seite wurde die existierende Kluft innerhalb der slowenischen Volksgruppe verstärkt, auf der anderen Seite begründete Smolles Verhalten die heute bestehende Distanz zwischen Grünen und Mitgliedern der slowenischen Volksgruppe.

Neben der Kluft zwischen Grünen und Slowenen trägt die Kandidatur der VGÖ zur Minderung grün-alternativer Durchschlagskraft bei. Der Kärntner Ableger des Buchner-Grüppchens lehnte 1989 die Einbindung ins „Andere Kärnten“ ab und will bei den kommenden Landtagswahlen neuerlich eigenständig kandidieren. An ihrem exponiertesten Vertreter, dem Klagenfurter Gemeinderat Reinhold Gasper, zeigt sich die Geisteswelt der heimatdummelnden Ökologen. Das Mitglied von rechtsextremen Organisationen wie Landsmannschaft und Abwehr-

**Grüne HoffnungsträgerInnen
in Kärnten:**
Karin Prucha, Marijana
Grandits, Erwin Neuwirth
und Carola Pöllinger



Fotos: Helmut Guggenberger



kämpferbund machte von sich reden, als seine Polit-Sekte dem wegen NS-Wiederbetätigung zu drei Jahren unbedingter Haft verurteilten Walter Ochensberger und dessen Nazi-Postille „Sieg“ finanzielle Unterstützung angedeihen ließ.

„Die VGÖ hat in der Minderheitendebatte in Kärnten eine extrem nationalistische Politik eingeschlagen. Mindestens ebenso rechts wie Jörg Haider. Die Kluft zwischen den beiden Grün-Fraktionen ist unüberbrückbar“ kommentiert Peter Gstettner.

Im Klagenfurter Gemeinderat stimmte der schrullige Hobby-Archäologe Gasper gemeinsam mit FPÖ- und ÖVP-Vertetern neben anderen Betonier-Maßnahmen dem umstrittenen Projekt „Kreuzbergtunnel“ zu. Geplant ist bei diesem von FPÖ und ÖVP mit Vehemenz vorangetriebenen Prestige-Projekt ein Autobahn-Tunnel unter dem Klagenfurter Naherholungsgebiet „Kreuzbergl“.

Diesem Etikettenschwindel versuchen die Grünen fundierte Konzepte entgegenzusetzen. Karin Prucha, Umweltsprecherin und Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen, möchte neben Verkehrs- und Energiepolitik vor allem das Abfall-Problem thematisieren. Seit einem Jahr sorgen von der SPÖ – „die Öko-Schmäh-Partei“ (Prucha) – favorisierte Pläne für eine Müllverbrennungsanlage für beträchtliche Unruhe bei Bürgerinitiativen und Betroffenen. Ein Standort ist noch nicht festgelegt, im Gespräch sind St. Veit/ Glan,

Villach oder Klagenfurt. Die Grünen befürchten, daß die Landespolitiker die düstere Kärntner Wirtschaftslage dazu benutzen, um Umweltschutzmaßnahmen mit dem Arbeitsplatz-Argument abzublocken.

Kärntens Wirtschaft ist tatsächlich schwer angeschlagen. Nach einer beispiellosen Insolvenzserie in den letzten Jahren – die spektakulärsten Fälle waren Tele Uno, Kreiger Computer, zuletzt Mitte 1993 die Assmann-Tochter Hutter & Schranz – konnte Kärnten 1992 den zweifelhaften Erfolg für sich verbuchen, das Burgenland im Rennen um Österreichs höchste Arbeitslosigkeit erstmals überholt zu haben.

Im Durchschnitt waren im vergangenen Jahr 7,6 Prozent der KärntnerInnen ohne Beschäftigung. „Man versucht seit Jahren mit sogenannten Strukturmaßnahmen neue Impulse zu setzen. Da wird von Industrieparks und Technologiezentren gesprochen. Aber das bleiben Schlagworte. In einem Bundesland wie Kärnten, das etwa keine Hochschule für technische Berufe hat, ist es schwierig,

das nötige, qualifizierte Personal für diese Technologieparks zu bekommen.“ untermauert Fritz Zirgoi, grün-alternativer Gemeinderat in Völkermarkt, Pruchas Forderungen nach neuen Konzepten.

Auch im ehemaligen BBU-Standort Arnoldstein stehen neue Projekte zur Diskussion. Karin Prucha: „Die Aufarbeitung und Behandlung der Altlasten am Standort ist sicher ökologisch wie auch ökonomisch

eine sinnvolle Sache. Es muß aber gewährleistet sein, daß die Betriebsanlagen saniert und auf den neuesten technologischen Stand gebracht werden. Weiters sind strenge Umweltauflagen notwendig, die auch tatsächlich von den Behörden kontrolliert werden“. Außerdem fordert sie eine Umweltschadensprüfung für die Anlagen.

Neben der Thematisierung ökologischer Probleme sollen demokratiepolitische Konzepte, wie die Verbesserung der Minderheitenrechte, grüne Wählerstimmen bringen. Karin Prucha zur Seite steht seit kurzem eine Wahlkampfkoordinatorin, die 29jährige Italienisch-Dolmetscherin Carola Pöllinger. Nachdem sich die Bundes-Grünen für ein professionelles Wahlkampfteam entschieden haben, soll auch in Kärnten ein höheres Maß an Effizienz gewährleistet werden.

Hinter Prucha am zweiten Platz der Landesliste findet sich Erwin Neuwirth, ehemaliger Kurzzeitobmann der VGÖ. Bei den Landtagswahlen wird der Schauspieler als parteiunabhängiger Kandidat ins Rennen um

Wählerstimmen gehen. Der 44jährige war vor den Gemeinderatswahlen 1991 als Quereinsteiger zur VGÖ gestoßen. Zuletzt machte er Anfang November auf sich aufmerksam, als er die „Vier-bis-fünf Mann-Partei“ (Neuwirth) verließ und nun freier Mandatar im Klagenfurter Stadtparlament ist.

Für ihn sei es „schwierig, Schulter an Schulter mit jemanden zu kämpfen, der ganz andere Interessen hat. Die Zusammenarbeit sehe ich bei der VGÖ nicht so gegeben wie hier“ begründet er seinen Schritt. Der Rest-Partei empfiehlt er, sich „ihre Heimat in der FPÖ zu suchen“.

Nicht zuletzt stellt die Wahlordnung eine große Hürde für den Sprung in den Landtag dar: Die drei Landtagsparteien SPÖ, FPÖ und ÖVP haben in der letzten Sitzung vor der Sommerpause noch schnell die Wahlordnung geändert. Das Ergebnis dieser für das Land symptomatischen Abschottungsbemühungen kann sich sehen lassen: Je nach Wahlkreis sind zwischen 8.000 und 10.000 Stimmen zur Erreichung eines Grundmandats erforderlich. De facto bedeutet das eine Sperrklausel von rund zehn Prozent. Für kleinere Parteien eine unüberwindliche Hürde.

Hilfe von Bundesebene ist deshalb dringend geboten. Das hat auch Marijana Grandits, zur Zeit Abgeordnete ohne eigenes Bundesland und Kärntner Spitzenkandidatin für die nächsten Jahr stattfindenden Nationalratswahlen, erkannt. Sie will den Kärntner Grünen bei ihren Bemühungen um einen Sitz im Landtag unter die Arme greifen: „Ich habe mir gedacht, vielleicht kann die Unterstützung von jemandem aus dem Nationalrat helfen.“

Den „hohen atmosphärischen Druck“ kennt sie vom Burgenland. Ihr Anliegen ist es deshalb, „die Menschen davon zu überzeugen, daß es nichts bringt, eine Käseglocke durch eine andere zu ersetzen. Das macht Haider“. Daß bei allem Engagement Kärntens Grün nicht in den Himmel wachsen wird, ist an der budgetären Ausstattung des Wahlkampfes abzulesen. Der Partei steht nur das mickrige Budget von einer Million Schilling zur Verfügung. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben ihre Wahlkampftöpfe mit jeweils 30 Millionen bestückt.

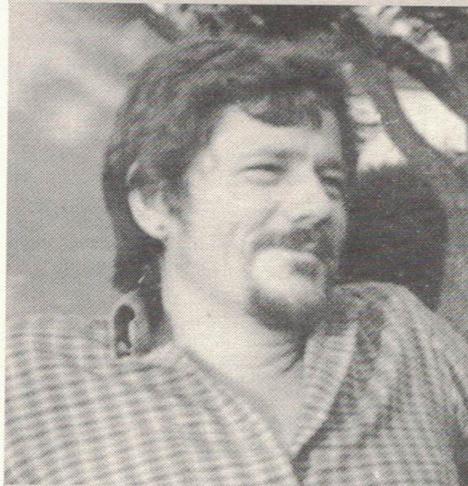
An einen flächendeckenden Wahlkampf ist nicht zu denken. Stattdessen sollen schwerpunktmäßig Grüne Anliegen unters Volk gebracht werden. Die Ziele sind für Karin Prucha klar abgesteckt: „Vier Prozent wären ein schönes Ergebnis, weil das bei einer anderen Wahlordnung den Einzugs in den Landtag bedeuten würde.“ ■

Interview

„Hierarchische Cliquenwirtschaft“

Der Klagenfurter Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer, bekannt durch seine Haider-Analysen, über Kärntner Spezialitäten.

■ Fragen Thomas Hohenberger



Impuls: *Gibt es Besonderheiten des politischen Klimas in Kärnten?*

Ottomeyer: In Kärnten gibt es so etwas wie einen persönlichen Autoritarismus. Innerhalb der SPÖ, aber genauso in anderen Parteien, gab es dieses jahrzehntelange Landesvater- und Funktionärswesen, welches die Leute letztendlich entmutigt hat, sich außerhalb der etablierten Parteien und ihres Einflusbereiches zu bewegen und zu organisieren. Ich erlebe das auch bei meinen Studenten. Wenn man versucht, eine Kundgebung zu machen, dann nehmen unheimlich wenig Leute daran teil, weil sie Angst haben, es könnte ihnen schaden.

Woher kommt diese Angst?

Ich erzähle Dir ein persönliches Beispiel. Vor einiger Zeit habe ich mich in der psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen engagiert und in Briefen an die zuständigen Behörden auf Mißstände hingewiesen. Einige Zeit danach bekam ich einen Anruf aus der Landesregierung, wo ich in höchst persönlichem Ton attackiert wurde. Das ist offenbar ein Stil, der jahrzehntelang funktioniert hat. Das Telefonat einer hochgestellten Persönlichkeit nach unten zum einfachen, aufmüpfigen Bürger; diesem werden dann durch die Blume Schwierigkeiten angedeutet. Zum Teil hat das sehr viel Wut

zurückgelassen. Eine Wut, sich an diesen Autoritäten zu rächen. Franz Rieser hat das mit seinem Schuß-Attentat auf Landeshauptmann Wagner einmal drastisch ausagiert. Der Erfolg war, daß die Geschworenen ihn nicht verurteilen wollten.

Mit Aufbegehren gegen Autoritäten kann man politisch punkten?

Ja, aber dieses Aufbegehren wird nicht am richtigen Ort praktiziert. Es kommt in diesen zeitlich versetzten, halb neurotischen Formen zum Ausdruck. Von denen profitiert Haider, der das stellvertretend für die Leute, die den Kopf hinhalten, ausagiert. Die Leute sagen dann „der traut sich was, der Jörg“ und „der schießt diese Bonzen jetzt alle ab“. Jörg Haider spielt stellvertretend für diese autoritätsgeschädigten Menschen den Robin Hood. Außerdem gibt es diese starke Angst, beobachtet oder bestraft zu werden für Tätigkeiten, die außerhalb dieser hierarchischen Cliquenwirtschaft ablaufen. Auch die Grün-Alternativen sind lange Zeit so wahrgenommen worden. Vor Jahren habe ich für die Grün-Alternativen kandidiert. Später forderte ich meine Staatspolizei-Akten an. Das einzige, was notiert war, war diese Kandidatur für die Grünen.

Solche Phänomene kennt man üblicherweise aus totalitären Systemen.

Es gibt hier keinen Bespitzelungsapparat. An dessen Stelle treten die sehr überschaubaren Verhältnisse in einem so kleinen Land. Wenn du heute irgendwo demonstrierst, dann wissen es spätestens morgen mittag alle deine Bekannten, dein Betrieb und die halbe Verwandtschaft.

Wie siehst Du die Chancen der Grünen in diesem Klima?

Die Grünen sind nur ein politischer Faktor von vielen. Sie sind keine Markierung. Ich würde mich auch gar nicht als grün definieren, obwohl ich sie wahrscheinlich wähle.

Wird es den Kärntner Drei-Parteien-Einheitsbrei noch länger geben?

Es gibt starke Gegenkräfte. Aber die sind nicht um die Grünen gruppiert oder von ihnen organisiert. Das ist viel breiter als die Grüne Bewegung. Um stärker zu werden, müßten sie mehr mitmischen.



Foto Fotostudio Mosegl

■ Portrait

Langer Atem

Die Enge im Land läßt viele KärntnerInnen das Weite suchen. Karin Prucha, Spitzenkandidatin der Kärntner Grünen für die Landtagswahlen im März, ging den umgekehrten Weg.

■ Von Thomas Hohenberger

Karin Prucha zieht es schon früh Richtung Süden. Nach Kärnten, woher die Familie ihrer Mutter kommt. Zur Bundeshauptstadt hat sie bis heute keine wirkliche Beziehung entwickelt: „Wien habe ich nicht ausgehalten. Ich bin dort zwar zur Schule gegangen, aber sobald drei Tage frei waren, bin ich sofort nach Kärnten gefahren“. Kindheit und Jugend in der Bundeshauptstadt hinterlassen einen schlechten Nachgeschmack. So ist es nur logisch, daß sich ihre Blicke nach Beendigung der Schule immer begehrlischer auf Klagenfurt richten. Doch vorerst ist noch ein Zwischenstopp in Graz an der Reihe. Das geplante Studium an der Sozialakademie scheidet jedoch an nicht vorhandenen Wohnmöglichkeiten in der steirischen Hauptstadt. Statt einer Wohnung bekommt sie jedoch die Information, daß in Klagenfurt die Studienrichtung Medienkommunikation angeboten wird. „Ich habe mir

gedacht, das ist so ein Mittelding aus Publizistik, Theater- und Politikwissenschaft“. Im Herbst 1983 startet die Kärnten-Liebhaberin deswegen einen neuerlichen Versuch in Sachen Studium, diesmal am Wörthersee. Wie sich nach und nach herausstellt, ist es zwar nicht das erhoffte Studium, dafür aber ein willkommener Grund, in Klagenfurt zu bleiben. Die politische Situation im Frühjahr '84 ist auch für nicht in Kärnten Aufgewachsene kaum zu übersehen. Der Kärntner Heimatdienst heizt gerade mit seinem berüchtigten Schul-Volksbegehren die zumindest latent vorhandenen nationalistischen Ressentiments gegen die slowenische Volksgruppe an. Jörg Haider ist ohnehin nicht zu übersehen. „Da habe ich begriffen, wie es der slowenischen Volksgruppe geht“. Als die Studentin merkt, daß sie „selbst auch ein bißchen Vorurteile“

hat, aber nicht weiß warum, beginnt sie sich systematisch über die slowenische Volksgruppe zu informieren. Im Studium engagiert sie sich immer mehr in der ÖH-Politik. Ab dem StudentInnenstreik 1987 ist sie hauptsächlich mit Uni-Politik beschäftigt. Daneben jobbt sie noch als Teeverkäuferin und als Interviewerin für eine Studie zur Arbeitslosigkeit im Auftrag des Sozialministeriums, die aber nie veröffentlicht wird. Für's Studium bleibt kaum mehr Zeit.

Bei den ÖH-Wahlen 1989 schafft sie mit der zweisprachigen, grün-nahen Alternativen Liste Universität/Alternativa lista univerza (ALU) den Einzug in den Hauptausschuß. Nach zwei Jahren wird Prucha Volksgruppenreferentin der Hochschülerschaft und arbeitet im Solidaritätskomitee für die zweisprachige Schule mit. In dieser Zeit erfährt sie, daß ihre Mutter slowenischer Herkunft ist, dies aber stets verleugnet hat. Das Kärntner Dilemma wird in seiner ganzen Tragweite plötzlich persönlich erlebbar: „Ich habe danach Ahnenforschung betrieben und bin draufgekommen, daß mein Vater rumänischer Herkunft ist. Ich hätte mehrsprachig aufwachsen können, bin aber nur deutschsprachig erzogen worden. Es war ein Schock für mich“. Der Konfrontation mit dem starken Assimilierungsdruck und seinen Folgen

gibt sie jedoch sofort wieder eine politische Stoßrichtung und engagiert sich im zweisprachigen Kulturverein „Bierjokl/Pri Joklu“ und in der IG-KIKK, dem Dachverband der Kärntner Kulturinitiativen.

Zur Grünen Partei stößt die engagierte Studentinpolitikerin im Gefolge der Gemeinderatswahlen vom März '91. Die Kärntner Landesorganisation zeigt zu dieser Zeit nach internen Querelen Auflösungserscheinungen. Als im Sommer das Grüne Büro mangels AktivistInnen unbesetzt ist, aber immer wieder VertreterInnen von Bürgerinitiativen und von Umweltproblemen Betroffene anrufen, um ihre Anliegen vorzubringen, ergreift sie den Hörer und fängt an zu recherchieren. „Verflucht noch mal, ich konnte doch den Leuten nicht sagen, die Grünen gibt es nicht“ ärgert sie sich noch heute. Ende des Jahres sitzt sie im Landesvorstand. Die Arbeit im Grünen Projekt ist aufreibend und schleift ab. So aufreibend, daß ihr Co Franz Marenits im Sommer 1993 das Handtuch wirft. „Aus Frust über die mangelnde Zusammenarbeit“ benennt Prucha den Grund für den Ausstieg des Landesgeschäftsführers. Karin Prucha beweist einen langen Atem und macht weiter, gesteht aber ein, daß „die wenigen, die sich wirklich engagieren, dauernd völlig überlastet“ sind. Ob sie selbst auch schon daran gedacht hat, aufzugeben? „Ja, heuer im Frühjahr war ich sehr knapp dran, aufzugeben. Ich war ziemlich bedient“. Abhilfe schafft Kontemplation unter südlicher Sonne: „Ich bin ganz allein zwei Wochen auf Kreta herumgewandert und habe viel nachgedacht, auch über eigene Fehler.“ Zur Zeit widmet sich die 29jährige vor allem der Vorbereitung des Wahlkampfes für die Landtagswahlen im März nächsten Jahres. Um die Bewegung auf eine breitere und arbeitsfähigere Basis zu stellen, wäre nach Einschätzung Pruchas mehr Mut zum Standpunkt erforderlich. „Beim Deklarieren haben viele Leute Angst, ihren Job zu verlieren. Das ist eigenartig in Kärnten. Sie engagieren sich, sie wählen uns, aber sie deklarieren sich nicht. In diesem Land ist Mut bitter notwendig.“

Ihr Credo will sich die grüne Umweltsprecherin und Spitzenkandidatin im Rennen um einen Landtagssitz trotz aller Widerwärtigkeiten nicht nehmen lassen: „Ich höre nur dann auf, mich zu engagieren, wenn ich völlig hoffnungslos bin. Solange ich noch einen Funken Hoffnung sehe, mache ich weiter. Deshalb bin ich bei den Grünen.“ ■